

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.

Wahnruf

Kampfbblatt der Werkftätigen

Der „Wahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Bünzengasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8-10 Uhr abends Gasthaus Himmelsberg, IX., Bezairengasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Juli 1929
Nr. 5 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland M. —.80. Die Bezugspreise sind im vorstehenden zu verstehen. — Postparaffenskonto Nr. 69871.

Massenhafte Unterstützungseinstellungen bei den Arbeitslosen

Dagegen helfen keine Gelüste, usw. — Nur ein gemeinsames Auftreten der Betroffenen gegen die I. B. K. kann Abhilfe schaffen.

Was ist die Arbeitslosenunterstützung? Ein wenig Brot, das vor dem Verhungern schützt. Zum Sattessen reicht es nicht. Ist man Monate hindurch arbeitslos, hungert man dabei immerhin langsam aus. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur eine dünne Scheibe Brot, die vor der vollkommenen Verzehrung rettet. Wo diese fällt, da werden Arbeitslose Lohnbrüder — Streikbrecher, sie verhungern, werden Bettler, Diebe oder Selbstmörder, und von den Frauen sucht manche den letzten Ausweg — in der Zeitweilung ihres Körpers für Geld.

Einen Arbeitslosen die Unterstützung einzustellen, bedeutet doch nichts anderes, als seine Verzehrung aus den letzten Grenzen des menschlichen Seins und die sich diesen unterziehen, den Arbeitslosen das letzte Stück Brot zu rauben, ihm den letzten Lebensnerv abzuschneiden, ihn hungernd und krank zu überlassen.

Und nun erleben wir bei der Industriellen Bezirkskommission Graz, bei den übrigen wird es kaum anders sein, massenhafte Unterstützungseinstellungen, vor allem gegenüber Frauen.

Alle, die längere Zeit hindurch nicht vermittelt werden konnten, bekommen den Bescheid:

„Die Verärgerung der Kostenauswahl wird abgelehnt, weil Arbeitslosigkeit nicht gegeben ist. Die Regierung die Unterstützung seit Während dieses langen Zeitraumes wäre es Ihnen bei entsprechenden Arbeitswillen und Arbeitsuche möglich gewesen, eine Arbeit zu erhalten.“

So lauten die Begründungen, mit der die Einstellungen erfolgen.

Eine andere Methode ist die Verschickung zur landwirtschaftlichen Arbeit nach Deutschland. Einst wurden nur die nach Deutschland vermittelte, die freiwillig gingen. Heute ist es Zwang; wer nicht geht, dem wird die Unterstützung entzogen. Auch hier sind die Opfer in erster Linie die Frauen.

Viele unter ihnen haben Kinder oder sonstige Familienangehörige zu versorgen. Manche alte Mutter kann nur mehr durch die wirtschaftliche Unterstützung ihres Kindes ihr Dasein führen. Rückständigste gerichte die Industrielle Bezirkskommission diese Notgemeinschaften: entweder nach Deutschland abfahren oder Unterstützungsentzug. Widels sind darunter, die körperlich viel zu schwach sind, die unter der schweren Last der landwirtschaftlichen Arbeit unbedingt zusammenbrechen müssen, auch diesen gegenüber wird keine Rücksicht geübt.

Wo eine Arbeitslose oder ein Arbeitsloser die Unterstützung bezieht, deren Geschwister, Vater oder Mutter in Arbeit sind, oder ebenfalls die Unterstützung beziehen, erfolgen ebenfalls immer häufiger die Einstellungen. Arbeitslosen Frauen werden Lebensgefährten angehöre, die sie nicht haben, nur um einen Vorwand für die Unterstützungseinstellungen zu bekommen.

So wurden in einigen Monaten Hunderten die Unterstützung, das letzte Stück Brot, geraubt. Eine ungeheure Verzweiflungseinstimmung ist unter den Opfern.

„Was sollen wir tun“, rufen verzweifelt die Betroffenen. Um den richtigen und einzigen Ausweg zu finden, müssen die Arbeitslosen vereinigen, woher der Wind weht.

Die bürgerliche Meute, deren Stoßtrupp heute die Heimwehr ist, stoßt immer schärfer gegen die Arbeiter vor. Die bürgerliche Meute will ihren Selbstzweck, ihr Dasein noch besser gestalten, und da dies nur auf Kosten der Arbeiterklasse geht, wird der Druck auf sie immer stärker. Sie diktiert, die Heimwehr Gewehr bei Fuß und mit Gasbomben gerüstet, in Bereitschaft: „Mieterschuld abbauen, Streikrecht eindämmen, für die Arbeiter die sozialen Ausgaben kürzen, für die Arbeitslosen weniger Ausgaben usw.“

Von da mehr der Wind. Der massenhafte Unter-

stützungsabbau durch die Industrielle Bezirkskommission ist also die Folge des politischen Trudels der von den Bürgerlichen, von der Reaktion zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter ausgeht.

Gegen diesen politischen Trud sind natürlich Versuche und Reize zur Wiedererlangung der Unterstützung vollkommen wirkungslos. Die Betroffenen müssen auch alle ganz verzweifelt sein, daß sie durch ihre Weisheit, irgend von ihnen in allen Fällen die Not gebühert wurde, die Unterstützung nicht wieder erlangen.

Nachdem wir die Ursachen der Einstellungen aufgezeigt haben, wird es den meisten nun verständlich sein, warum Gelüste und Reize nicht mehr helfen.

Dagegen kann nur ein Gegendruck der Gesamtarbeiterklasse Abänderung schaffen. Der einzelne ist dazu zu schwach. Die Betroffenen, die Opfer, denen in letzter Zeit die Unterstützungen eingestellt wurden, müssen sich zusammenschließen, unterstützen von den übrigen Arbeitslosen, die nicht wissen können, ob nicht morgen schon an sie die Reihe kommt.

Ein Faktor kommt gegen die Unterstützungseinstellungen zum Auswirken: die Sozialdemokratie. Sie tut es aber nicht. Sie nicht vor dem Druck der Reaktion zu weichen. Dazu kommt noch, daß mancher sozialdemokratische Führer, der bei der I. B. K. mitgewirkt hat, so sehr durch die ganze Lebenshaltung verbürgerlicht ist, daß er vollkommen gegen das Heißt in der Proletariat und vor allem unter den Arbeitslosen, abgeschumpft ist. Der einzige Ausweg ist der Zusammenschluß der Opfer, die durch die schändliche Praxis der I. B. K. aufs äußerste bedroht sind.

Für die nächste Woche rufen wir euch, Arbeitslose, vor allem auch, Angestellte, zu einer großen Kundgebung aus. Wenn der Ruf an euch ergeht, dann seid diesmal zur Stelle, jetzt heißt es, sich zur Wehr zu setzen, ehe es zu spät ist.

Gedenket Eurer gefallenen Brüder vom 15. Juli!

Zum zweiten Male jährt sich der Tag des 15. Juli. Drei Jahre ist es her, daß durch die Straßen Wiens das Blut der Arbeiter in Strömen vergossen wurde: wohlgezielte Polizeieingriffe töteten 90 Proletarier nieder, Frauen und Kinder wurden erbarmungslos von der blutbesudelten Polizei erschossen, Gleisende wurden niedergelassen, Verwundete wurden niedergemacht.

Daran sollt ihr denken. Das sollt ihr nie vergessen. Ihr, die es nicht selbst mitangesehen habt, ihr sollt es nachlesen. Ihr alle sollt das heilige Feuer des Jorns wachhalten, so lange, bis der Tag kommt, von dem es im Lied heißt: „Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein.“

Die Toten des 15. Juli sind ungezählt. Ihre Mörder gehen frei herum. Mehr als das: sie werden hochgehört, das Bürgertum juchhet ihnen zu, sie sind die Helden dieses Staates geworden, dieser demokratischen Republik, von der die Sozialdemokratie einst versprochen, sie werde uns friedlich in den Sozialismus führen.

Mit dem 15. Juli ist die erste Etappe der bürgerlichen Republik, die Etappe der Scheindemokratie, die von 1918 an währte, beendet, der 15. Juli hat die offene politische und soziale Reaktion in Österreich eingeleitet. Die eiserne Faust der Bankgiganten und Industrieherrn, der Polizeifüßel und der pöbelische Krummstab — das ist die heilige Dreieinigkeit, die ohne Mitleid und mit zynischer Brutalität die großen Massen der Arbeiter und Volksmassen niederhält, ausbeutet, unter das Joch ihrer Diktatur zwingt.

Heute noch mit den Mitteln der sogenannten legalen Staatsgewalt, morgen vielleicht schon mit den Mitteln des Heimweherschulismus, wenn die legale Staatsgewalt allein nicht ausreicht, um die großen Massen des arbeitenden Volkes noch tiefer zu drücken.

Auf dem Totenhügel des 15. Juli ist die verhasste Diktatur der herrschenden Klasse errichtet worden. Unerrögllich lastet ihr Joch auf unseren Schultern.

Jeder Tag beweist euch, die ihr noch immer eure demokratischen Illusionen nicht überwunden habt, daß diese Diktatur mit dem Stimmzettel nicht erschüttert, geschwiege denn gebrochen werden kann.

Wo immer sich seit dem 15. Juli die bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie bei Wahlen messen, siegt die Sozialdemokratie. Und dennoch: Trotz aller Wahlsiege der SP., siegt die Bourgeoisie im täglichen Kampfe, auf allen Fronten des Massenkampfes.

Alle Hoffnungen, daß es „von selbst“ besser werden wird, aller Glauben an „die Weisheit des Stimmzettels“ hat sich in diesen zwei Jahren der Wahlfolge und bitterer, täglicher Niederlage als trügerisch erwiesen.

Ihr seht unter der eisernen Ferkel der bürgerlichen Diktatur? Ihr fürchtet vor Wut mit den Zähnen über die zahllosen Provokationen des Faschismus? Strafen und Knirschen und dabei die Faust im Saal ballen, wird euch nicht helfen.

Heraus zur Arbeitslosenversammlung! Dienstag, den 23. Juli 1929, um 3 Uhr nachmittags in den Sternsälen, Grenadiergasse

Die Scharte vom 15. Juli kann nur durch die kommende Segenaktion der Arbeiterschaft ausgegesselt werden.

Setzt euch zur Wehr gegen die Selben im Betrieb. Lebt euch die niederträchtigen Buhnermethoden der Lebensmittelverweigerer nicht bieten. Schüttelt die lähmende Vertrauenslosigkeit ab, seht dem Gegner ins Gesicht und ihr werdet erkennen: Diese Bourgeoisie, machtwillen, bis an die Zähne bewaffnet, von den Fingern der Heimkehr umgeben, kann nur mit den Mitteln niedergeworfen werden, die sie gegen uns selbst anwendet.

Ihr habt eure toten Brüder nicht vergessen? Ihr wollt, daß die Blutopfer des 18. Juli nicht umsonst waren? Ihr glaubt an die große Sache der proletarischen Revolution?

Dann brecht mit jenen, die euch den Weg der Niederlage, den Weg der Verflüchtung geführt haben, brecht mit der Partei der Staatserhaltung und des Kampferichts, brecht mit der Sozialdemokratie.

Gedenkt der Opfer des 18. Juli! Bereitet die große Abrechnung vor, jeden Tag, jede Stunde, im unermüdlichen Kampf um eure Interessen, die große Abrechnung,

die kommen wird an dem Tag, da die Straße euch nicht als Opfer der blutigen Polizei, sondern als Sieger über den Kapitalismus sehen wird.

Kudolf Ingus.

Unter den Toten des 18. Juli 1927 haben wir linken Kommunisten auch einen der Besten von uns zu beklagen, den ungarischen Revolutionär und Anhänger der russischen Opposition, Gen. Ingus. Genosse Ingus war ein unerwählter Vorkämpfer der Ideen des Marxismus-Leninismus in der ungarischen Bewegung. Mit außerordentlicher Kraft und Hingabe widmete er sich der Arbeit in der ungarischen Emigration, vor allem in Wien und Paris, wo er das Blatt der ungarischen Kommunisten, den „Parisi Munkas“ schuf. Er fiel am Vormittag, den 18. Juli vor dem Justizpalast. Vergesst ihn nicht, der auch sein Leben gewidmet und es für euch geopfert hat.

Offener Brief an das Zentralkomitee der K. P. D.

Werte Genossen!

In Eurem Aufruf zum 1. August, veröffentlicht in der „Roten Fahne“ vom 7. Juli, fordert Ihr das Proletariat von Oesterreich auf, „am 1. August die Arbeit für eine gewisse Zeit demonstriativ niederzulegen und an diesem Tage gewaltige Massendemonstrationen gegen die Bürgerkriegs- und Naturdrohung des Faschismus und die Kriegslösungen der Bourgeoisie zu veranstalten.“

Wir sind mit Euch einer Meinung, daß dies notwendig wäre. Aber die Erfahrung der letzten Monate, vor allem der Mieterkämpfe, hat uns erneut bewiesen, daß die Massen der Arbeiterklasse gegen Euch, in der Wurzel falsche Politik, demonstrieren, indem sie Eure Parolen einseitlich nicht befolgen. Das gilt nicht nur für die Massen im Allgemeinen, sondern auch für die überwiegende Parteimehrheit.

So droht der 1. August nicht zu einer Demonstration des Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgefahr zu werden, sondern zur Demonstration der Einflußlosigkeit und Isoliertheit unserer Partei. Ihr wißt, daß diese Aktion im besten Falle zu einem lächerlichen Debatt, wahrscheinlich aber zu weit schlimmerem führen wird. Darum fordern wir offen, daß diese Manifestation, so wie sie aufgezogen wird, mit Massenstreik und Massendemonstrationsparolen, abgesetzt werde.

Ist der Aufruf des westeuropäischen Baros vom 9. Mai ein direktes Verbrechen („Eignet Euch die politischen und kriegstechnischen Erfahrungen des Berliner Proletariats an“, „Rechnet mit den Kampfmethoden der Polizei“) ein nichtswürdiges Kollertieren mit dem Aufruf, so ist Euer Aufruf zur „Arbeitsniederlegung und gewaltigen Massendemonstrationen“ der Ausdruck Eurer grenzenlosen Illusionen und Eures köstlichen Mangels jeglicher, politischer Voraussicht. Ihr wißt, daß trotz Eures Aufrufes kaum mehr als ein Betrieb die Arbeit niederlegen wird! Ihr wißt, daß Eurem Auf-

zur Demonstration nicht Zehntausende, nicht Tausende, sondern nur einige Hundert folgen werden.

Schließlich ist es sinnlos, die Arbeiter ausgerechnet am 1. August aufzurufen, an einem Tag, der willkürlich festgesetzt wurde. Was wie tun können und müßten, das wäre, unter Verzicht auf alle Illusionen von Massendemonstrationen und Massenstreik, die Arbeiter am 4. August in Versammlungen zu rufen, an jenem 4. August, an dem vor 18. Jahren die Sozialdemokratie das Proletariat und den Sozialismus verraten hat.

Werdet Ihr dies nicht tun — und wir befürchten dies — dann werden die großen Massen der Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrheit der Partei gegen Euch sinnlose Politik demonstrieren, indem sie die Arbeit nicht niederlegen werden. Abgeschnitten von den Massen, würde die winzige Vorhut, die Eurem Rufe folgen wird, zum rechtlosen Opfer des Polizeiwahns.

Die revolutionären, kampferprobten Kadern in der Komintern können weder ruhig zusehen, wie man das blutige Spiel vom 1. Mai in Berlin, in Deutschland und anderen Ländern wiederholt, noch, wie man die kommunistische Bewegung lächerlich macht durch die Art wie Ihr den 1. August zu einer Demonstration der Einflußlosigkeit der Partei gestaltet.

Macht Schluß mit der Politik des tragikomischen Kraftmeiertums!

Macht Schluß mit Euren Illusionen, mit Euren naiven Hoffnungen, daß die Massen vielleicht doch kommen werden!

Macht Schluß mit der lakonischen Unterstützung der internationalen Politik des Stalinischen Abenteuer- und Liquidatortums.

Die Exekutive der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten).

Macdonald verweigert das Asylrecht für Trotzky.

Unter tosendem Beifall der Konservativen hat Herr Clynes, Minister des Inneren der Macdonald-Regierung, dem Unterhaus bekanntgegeben, das Trotzky das Asylrecht nicht gewährt wird. Damit hat die Macdonald-Regierung bewiesen, daß sie selbst die Grundzüge der bürgerlichen Demokratie, die das Asylrecht einschließt, mit Füßen tritt. Die Liberalen benötigen diese aufreizende Tat Macdonalds, indem sie gegen diese Verletzung des Asylrechtes protestieren, um so Sympathien bei der Arbeiterschaft zu gewinnen.

Kadets politisches Ende.

Genosse Kadel ist toben mit Smilga und Probovshensky von der russischen Opposition abgewandert und zu Stalin übergegangen. Damit ist das politische Schicksal Kadels befestigt. Nach seiner verhängnisvollen Politik 1923 in Deutschland ist seine gegenwärtige politische Kapitalisation nicht als zufällig zu betrachten; an jeder scharfen Kurve der revolutionären Entwicklung bog Kadel von der bolschewistischen Linie ab. Nun ist er bewachterweise im Sumpf des Kapitalismus gelandet und mit ihm Smilga und Probovshensky.

Der zweifelhafte Zins in Wien ist ihnen zu wenig.

Kaum daß das famose neue Mietengesetz die letzte Session, das Parlament, passierte, konnte man schon in sehr sämtlichen Auslandsblättern Inzerate lesen, in denen spekulationslustige Kapitalisten auf die sicherste Kapitalanlage durch den Ankauf von Wiener Häusern, da am 1. August der Zins gesetzlich erhöht wird, aufmerksam gemacht werden. Dies allein genügt schon, um zu erkennen, welche Last den Mietern auferlegt wurde — die Hausbesitzer triumphierten, und der erste Erfolg dieses Attentats auf die Interessen der Mieter wird sich demnächst in einer Hausse in der Häuser speculation einstellen. Wie leicht es den Mietern fallen wird, den erhöhten Zins zu bezahlen, läßt sich absehen, wenn man die Tätigkeit der neugeborenen Streckerwirts-Regierung betrachtet. Täglich hören wir von Preiserhöhungen der wichtigsten Nahrungsmittel.

Aber nicht genug mit all dem! Die Hausbesitzer, speziell die Spekulanten, sind mit dem gesetzlichen Mietzins nicht zufrieden. Dies trifft besonders dort zu, wo die Häuser noch nicht vollends repariert sind. Daher verlangen sie von den Parteien die Zustimmung eines erhöhten Zinses über das gesetzliche Ausmaß, damit sie einem eventuellen

Käufer aufzeigen können, wie bald er schon in der Lage sein wird, die volle Hausrentrente in die Tasche stecken zu können, das heißt, sie haben einen erhöhten Zins notwendig, damit das Darlehen auf die Reparatur in einem kürzeren Zeitraum zurückgezahlt wird, als es mit dem neuen gesetzlichen Zins der Fall wäre. Daß diese Spekulationen da die verschiedenen Tricks anwenden, um den Mietern diese Mehrleistung schmackhaft zu machen, ist für Kenner kapitalistischer Tricks nicht verwunderlich, aber sehr verwunderlich wäre es, wenn es Mieter geben würde, die solche Anschläge akzeptieren würden. ... Und das Gelingen eines solchen Anschlages zu erndtlichen, versuchen nun diese Spekulanten die Hausvertrauensmänner oder einflußreiche Mieter als Helfershelfer zu gewinnen, indem sie diesen eine Provision am Verkauf des Hauses zusichern, also eine Bestechung. Wenn nun die so vom Hauspekulanten für seine Interessen gewonnenen Elemente ihre Tätigkeit beginnen, so ist das nichts anderes, als den „Erschossenen vom Hintern“, der Faschismus in den Reihen der Mieter. Mag dies momentan noch vereinzelt vorkommen, so bedeutet diese Ersehung doch eine Gefahr, die gleich in ihrem Anfangsstadium erstickt werden muß, bevor es derartigen Elementen noch gelingt, Uneinigkeit unter den Hausbesitzern zu stiften. In allen derartigen Fällen, wo der Hausbesitzer versucht, einen höheren als den gesetzlichen Zins durch Reparaturen an den Häusern zu erreichen, ist dies auf das energischste zu verweigern und die Mietervereinigung anzufordern.

Welch eine herrliche Armee, aber im Dienste der Bourgeoisie.

Bei am Samstag, den 12. Juli, und vor allem am Sonntag, den Aufmarsch der vielen zehntausenden Jugendlichen in Wien sah, mit ihren zahllosen flatternden Fahnen, der wird dieses Anbild sobald nicht vergessen. Eine herrliche Armee des internationalen Jungproletariats. Wehe aber, wenn man diese Armee nicht nur ansah, sondern sie auf ihren Gesehwert prüfte. Wie die Alten jagen, so zuhören auch die Jungen. Die borniertesten kleinbürgerlichen Illusionen der veralteten Parteibürokraten, das ganze Gewäch von der Demokratie und „unser“ Republik, schlug in einem wie ein Schwereidampfer ins Geicht. Ja, diese Jungen wollen ja selbst sicher den Sozialismus. Aber die Logik ihrer kleinbürgerlichen Einstellung droht sie in Krieg und Revolution auf dieselbe Zeit zu treiben, auf der ihre Lehrmeister am 4. August 1914 und am 12. November 1918 standen.

Eine gesunde Kur.

Mit den abgesehenen Mitteln sind die Stalin-Anhänger verschiedene Male gegen die Opposition aufgetreten. Sympathien haben sie sich dadurch bei den Arbeitern niemals errungen. So erging es ihnen wieder, als die „Rote Fahne“ bei der Arbeitslosen-Auszahlungsfeste mit sechs Groschen veräußert, in der Hoffnung, durch diese, von Subventionsgeldern ermöglichte Schmuglonkur, die „Mahnruf“-Lejer zu gewinnen. Das Resultat ist aber, daß sie von den Arbeitslosen verhöhnt wurden. „Schmuglonkurieren, euer Blatt muß nur einen Tred wert sein, weil ihr's mit zehn Groschen auch nicht mehr anbringt“, und Ähnliches bekam der „Rote Fahne“-Verkäufer zu hören. Auf das hin wagten die Stalin-Leute die Schmuglonkurierung nicht mehr weiter zu führen und sie verkaufen jetzt die „Rote Fahne“ wieder um zehn Groschen. So wird es ihnen noch oftmals ergehen, wenn sie im Kampf der politischen Meinungsverschiedenheiten zu schmutzigen Mitteln greifen.

Der Prolet wird überall betrogen.

Laut Bericht der Rotbaustorrespondenz wurden in der Zeit vom 25. Mai bis 25. Juni nicht weniger als 18 Milchlieferanten und 16 Butterlieferanten wegen Weisheitsbelage angezeigt. Die meisten davon sind selbstverständlich b. a. v. r. l. l. i. s. i. e. r. e. n. t. e. n. die nach der wirklichen, praktischen Christenlehre „Weisräge keinen Nachsten so viel bu kann“, ihr Weiswasser in die Milch und Butter pantzichen, um den unzufriedenen Proleten imber vor Zuckerlose zu bewahren. Bis zu 47 Prozent wurde die Milch mit Wasser gemischt oder entrahmt. Es und welche Strafe die Buhener erhielten, darüber schneigt die Rotbaustorrespondenz. Ist dies vielleicht eine freiwillige Unterlassungsfünde, um die schreibbar geräthete Arbeitergemeinschaft im Gemeinderat Gemeinderat wieder herzustellen? Wie oft werden diese Trickproben durchgeführt? Sicher ist, daß die meisten Lieferanten dieses Schandwirts betreiben und meistens nur milde Geldstrafen erhalten, was sie durch neue Fälschungen wieder hereinbringen. Das ist bürgerliche Ordnung.

Warum erscheint der Wahnruß jetzt unregelmäßig?

Diese Frage stellen viele Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir wollen sie euch klar beantworten.

Nach den Wahlen haben manche den Wahnruß aufgegeben, weil sie dort sein wollten, wo die „Mehrheit“ ist, bei der S. P. Daß der Leichnam des Weg nicht aufwärts führt, darüber werden den Arbeitern bittere Erfahrungen und harte Tatsachen Aufklärung geben. Die Abgefallenen und neue Gefährten werden sich um wieder sehen.

Jeher sind uns viele Arbeitlose, die den „Wahnruß“ vor den Auszahlungstulen gekauft haben, verloren gegangen, als sie in alle Richtungen zerstreut vermittelt wurden. Viele davon sind heute im Ausland. Außerdem befinden sich Genossen, die bisher ihre ganze Kraft und Zeit der Bewegung zur Verfügung gestellt haben, durch jahrelange Arbeitslosigkeit in einer solchen Notlage, daß sie der Bewegung nicht so dienen können, wie sie es bisher getan haben.

Durch die hier angeführten Ursachen ist der Absatz des „Wahnruß“ zurückgegangen. Der Druck kostet aber beinahe gleich viel, ob die Auflage nun 2000 oder 3000 Stück beträgt. Bei einem Absatz unter 3000 Stück sind die Einnahmen aber zu gering, um Drucker, Postporto und Miete bezahlen zu können. So nehmen wir jetzt bei jeder Nummer zehntel um 50 Schilling zu wenig ein. Kommt der „Wahnruß“ viermal im Monat, so sind viermal 50 Schilling zu wenig, kommt er nur einmal, so kann dieses Defizit eher durch Sammlungen aufgebracht werden. Das ist der Grund des unregelmäßigen Erscheinens.

Ihr wollt nun den alten Zustand, daß der „Wahnruß“ regelmäßig erscheint, wieder. Damit das erreicht wird, werdet Abonnenten, spendet so oft ihr von eurem letzten Lohn, von eurer letzten Unterstützung etwas erübrigen könnt, Preßfonds, halt euch in der Verwaltung Hausfriede und sammelt damit die Mittel für die Erhaltung des „Wahnruß“, tretet unseren Reihen bei, arbeitet mit und es wird wieder möglich sein, den „Wahnruß“ regelmäßig erscheinen zu lassen.

Dr. Ignaz Schwagula, Arzt in Febring.

Dr. Ignaz Schwagula, Arzt in Febring, ist Besitzer einer Villa und eines Sanatoriums mit einem ausgedehnten Garten nebst einem Wirtshaus im Ausmaße von zirka 28 Joch in Lichtenthal. Zugleich ist er Bürgermeister der Marktgemeinde Febring.

Ich war vom 14. Jänner bis 30. März bei diesem Arzt als Hausarzt bedienstet und will diese Zeit meines Fortseins wahrheitsgetreu schildern und überlasse es jedem, sich darüber sein Urteil zu fällen.

Anfangs Jänner dieses Jahres stand in der Grazer „Tagesspost“ (Sonntagsblatt): „Ein Durstige wird für Haus und Garten aufgenommen. Dr. Schwagula, Febring.“ (Nebstbei bemerke ich, daß diese Annonce sehr oft zu lesen ist.)

Auf Grund dieser Annonce offerierte ich mich dem Dr. Schwagula und bekam sofort eine Korrespondenzkarte von ihm, mit der Aufforderung, sich bei Herrn Kramer, Hausbesitzer in Graz, Hauptgasse, vorzustellen und dabeihst meine Lohnforderungen bei freier Station zu stellen. Ich besorgte diesen Auftrag und wie einigten uns auf einen Monatslohn von 30 Schilling.

Am 14. Jänner begann ich mit der Arbeit, Komposterde zu den Mistbeeten führen, Schneefräsen, Holz machen, Süde Lieben, Waschhaus heizen und die Pflanzen gießen usw., überhaupt alle Arbeiten, die im Hause und Garten vollkommen. Am Abend, zumeist erst um 6.30 Uhr, erlaubte man als Schluß, das Wasserpumpen, welche Arbeit 45 Minuten und auch oft über eine Stunde dauerte.

Die Arbeitszeit begann um 7 Uhr früh und dauerte bis 7 Uhr abends und darüber. Eine Ruhepause hat es nicht gegeben.

Kein einziger Bediensteter beim Doktor bekommt während seiner Dienstzeit seinen Lohn. Als ich zum Dienstentlassung fuhr, mußte ich mir das Reisesgeld ausstreifen, und da ging ich am achten Tage meines Fortseins zu ihm und erüchte um Zahlung meiner Reisespesen, erhielt darauf zur Antwort: „Ich habe jetzt keine Zeit, ich werde sie Ihnen senden.“ Ich wartete wieder einige Tage und ging nochmals zu ihm. Er war empört darüber und sagte mir chernmal, daß er mir es senden wird. Erst am 24. Tag brachte mir das beim Doktor bedienstete Fräulein sechs Schilling.

Nach Ablauf eines Monats schrieb ich dem Doktor, er soll mir a Konto meines Lohnes zwanzig Schilling senden, doch er hüllte sich in Schweigen.

Am 16. März, es war Sonntag mittags, ließ mich der Doktor zu sich rufen. Ich war gerade im Waschhaus mit

Wasser beschäftigt. Als ich zum Wohnhause komme, erfährt ich von meinem Lebensgenossen, daß ihm der Doktor sofort kündigt hat und daß er Hans und Hof in einer halben Stunde verlassen muß. Ich ging ins Speisezimmer, wo der Doktor beim Mittagessen saß, wo er mir kurz sagte, daß er mit mir vierzehn Tagen kündigt. Ich ging stillschweigend fort.

Am 30. März ersuchte ich um meine Abrechnung, doch erhielt ich sie nicht, folglich ging ich am 31. fecht zum Doktor, und erüchte um meine Abfertigung. Der Doktor gab mir zur Antwort: „Geben Sie mir Aufh“, ich will Donnerstag haben.“ Als ich ihm sagte, daß ich nach Graz fahren muß, entgegnete er im barischen Tone: „Fahren Sie zum Teufel.“ Auf das hin ging ich fort und erüchte den Diener, er möge mir meine hinterlegten Dokumente senden, kam aber leer zurück.

Ich fuhr nach Graz und verlangte meine Abfertigung und erst am 24. April erhielt ich durch die Vermittlung der hiesigen Gemeinde meine Dokumente und 49.67 mit Postanweisung.

Hiedurch will mich der Doktor um 25 Schilling und zieht sich noch dazu das Postporto b.

Dieses Vorgehen des Doktors soll der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Ich bin nicht der Einzige, dem dies passierte, sondern es sind ihrer viele denen daselbst juteil wurde. Anton Janaczel.

Dieser Dr. Schwagula ist als „Monarchist“ in Sietermal bekannt. Er gehört der christlichsozialen Partei an. Alle seine Lohnpresserei haben wir im „Wahnruß“ schon einmal geschrieben.

Wie die Faldhiten in Graz abblitzen.

Na, das haben die Wesen von Donawitz sicher nicht erwartet, was sie in ihrer „Gewerkschaftsversammlung“ am 2. Juli erleben. Als ihr Wacker, der uns allen unbekanntes Herr Eisner, sein dreißiges Maul aufmachte, eröfnete der ganze Saal unter den „Fur“-Ärnen der Arbeiter. Der ausgereifte Frontkämpfer, der die Versammlung eröffnete, saug seinem Präsidium, wurde von Minute zu Minute bleicher.

Angesichts dieser stürmischen Erregung der Arbeiter wollte der Sekretär Wagner bremsen und demokratische Vermittlungsvorschläge machen. „Bejunt Euch doch!“, rief das gute Männlein. „Wir brauchen kein Kompromiß!“, tunte es ihm hundertfach entgegen. Als die Herren um jeden Preis ihr Schandpräsidium beibehalten wollten, da half kein Würden der Besen: die Faschisten durften nichts sprechen und als die Polizei schließlich den Saal räumte, erhielt mancher hohnschmügel noch einen prima „Arbeitergruß“ aus Graz, der ihm sicherlich einige Tage nachdenklich gestimmt haben wird.

Auch eine Schindelfirma!

Der Wasserleitungsbau zur Landesadlerbühne in Krottendorf wurde von der Landesregierung der Firma Hilscher & Hansel übertragen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit muß alles im Akkord geschuftet werden. Selbst dieser Akkord wird so schäbig bezahlt, daß bei 48tündiger Arbeit nur 30 Schilling im Durchschnitt verdient werden kann. Deshalb ist an dieser Arbeitsstelle ein Wechsel wie in einem Landwirtschlag. Die Akkordarbeit ist übrigens schon fast bei allen Arbeitsplätzen einseitig. Steigende Leistung und niedrige Löhne sind hauptsächlich die Ursachen dervon. Die Passivität der reformfähigen Gewerkschaften in der Lohnfrage, treibt die Bauarbeiter immer mehr zu Akkordarbeit. Sie suchen sich diesen Ausweg, um menschenwürdige Löhne zu erreichen. Bei dieser Arbeitsmethode rufen sich die Arbeiter selbst untereinander, da jeder einzelne für den anderen zum Anreiz wird. Diejenigen mit schwächerer Körperkraft fliegen dabei meistens schon kurz, nach der Einstellung, wieder auf die Straße, da sie dieser Akkordarbeit nicht gewachsen sind. Aber auch die „Starren“ ereilt das gleiche Los nach mehrjähriger Akkordarbeit. Der einzig profitierende ist der Unternehmer. Es ist höchste Zeit, daß die Bauarbeiter des erlernen und für höhere Löhne kämpfen. Ein Bauarbeiter.

Ein klassisches Dokument der Dummheit aus der heutigen Komintern-Führung.

In der „Internationalen Pressekorrespondenz“ Nr. 54 lesen wir, daß Losowsky, einer der heutigen Führer der kommunistischen Internationalen, in seiner Rede in der Generalkonferenzkommission, gehalten am 18. Februar 1920, folgendes sagte: „In den reformfähigen Gewerkschaften ist der rückständige, reaktionäre Teil der Arbeiterklasse organisiert.“ In konsequenter Fortführung dieses Gedankens mußte Losowsky ausrufen: „Es leben die Unorganisierten!“

Wenn ein Rahmenstanz-Abnehmer randaliert!

Am 25. März ereignete sich in der Bielandgasse in Graz ein Ereignis, das wieder ein Beispiel dafür gibt, wie die Justiz urteilt, wenn ein Rahmenstanz-Abnehmer randaliert. Um 4 Uhr morgens bemerkte der Wachmann Hubelitz im ersten Stock des Hauses Nr. 20 am Fensterbühel einen schlafenden Mann. Als sich der Wachmann näherte, urinierte er auf die Straße. Als der Schweinekerl aufgefordert wurde, dies einzustellen und vom Fenster zu verschwinden, kam der akademische Rahmenstanzgeist zum Ausdruck. „Schwöbend Wacht, sonst spring i ova.“ Auf weitere Ermahnungen schrie er: „Halt die Wofsch, teppertier Wacht, du kritischer Trottel, ich habe sämtliche Kärntner Auszeichnungen (wahrheitsgemäß die er gerade gezeigt hatte), ich spud“ auf dich, wennst net abhahst, kriegt a paar Fogen.“ Dann kam er auf die Straße herunter, wo der Wachmann Hubelitz das Nationale verlangte: „Sinen Tied werd ich dir geben, abhosen werd ich dich“, war seine Antwort. Auf die Verhaftungsandrohung plätierte er: „Mich willst verhaften, einen Akademiker“, und ging mit den Händen auf den Wachmann los. Nach erbittertem Handgemenge gelang es dem Hubelitz, ihn auf die Wache zu bringen, wo er weiter randalierte und dem Wachmann ein „Schwein“ nannte. Dort stellte sich dann heraus, daß der „gehobelte“ Akademiker, Oberrevident Johann Richter vom Landesoberlandesamt ist. Urteil: zwei Monate Arrest bedingt. Da sage noch etwas, unsere Justiz lenne keinen Unterschied in der Beurteilung! Beigte schon das Verhalten des Wachmanns Hubelitz einen krassen Unterschied in der Behandlung, so setzte die Justiz diesen Rahmenstanz-Abnehmer durch die behäugte Strafe einen Freitrief für weitere Bauereien aus. Fur so fort, das Vertrauen der Arbeiterklasse zu dieser behäugten Justiz wird immer „mehr steigen“.

Kollis an der Klassenjustiz ist - Mordtötung.

Eine neue Anklage gegen den „Wahnruß“. Wenn der Mistgabel-Steidle erklärt, mit Gasbomben, Handgranaten und Maschinengewehren die bürgerliche Verfassung zu beseitigen, wenn seine Mordbanden wehrlose Arbeiter, Frauen und Kinder an den Sonntagen überfallen und niedermegeln, dann hört und sieht kein Staatsanwalt etwas. Wenn jedoch der „Wahnruß“ an der Klassenjustiz Kritik übt, so ist das Aufreizung. So wurde Gen. Wagner als verantwortlicher Redakteur wegen des Artikels „Die neueste Praxis der Klassenjustiz“ in Nr. 2 des „Wahnruß“, wegen Aufreizung angeklagt. Gerade diese Anklagen beweisen dem Proletariat am besten, was es von der Justiz der bürgerlichen Republik zu halten hat.

Und noch eine Anklage.

Im Zusammenhang mit der Anklage gegen Genossen Wagner als verantwortlichen Redakteur des „Wahnruß“ wird jetzt auch die Anklage gegen den Herausgeber des „Wahnruß“, Genossen Hans Thoma, in Wien, erhoben. Der Staatsanwalt scheint allen Ernstes zu glauben, daß wir uns durch solche Anklagen einschüchtern lassen werden. Er wird sich schwer täuschen. Aber an unseren Genossen und Eltern wird es liegen, daß unser Blatt durch Geldstrafen nicht erdroffelt wird.

Wird nun dem Hierherredn Weis das Handwerk gelegt?

Die Schandtat des berühmten tschechoslowakischen Hausbesitzers Weis, Bienenstraße 28, gegenüber dem Mieret sind ja genulgend bekannt. „Gott, Himmel, Kaiser und Seipel“, rief er in seinen Anschlagtagen immer an, um sich hoch Gerechtigkeit und die Ungerechtigkeit der anderen festzustellen. Schon lange stand er unter dem Verdacht, daß er Feigen zur falschen Insangere beirräht, um die Mieret nach der Mehe hinauswerfen zu können. Der Staatsanwalt soll sich bereits damit beschäftigen. Nun wird auch bekannt, daß durch den Vertreter der Mieret, Othman Marchner, bei der Mieretkommission der Antrag auf Unterstutzung eingeleitet wurde, weil der Verdacht besteht, daß Weis wissenschaftlich falsche Angaben über den grundsätzlichen Kaufpreis machte, um höhere Reparaturkosten auf die Mieret abwälzen zu können. Das kann einem bei der moralischen Verfassung eines Weis gar nicht wundern. Wird die Staatsanwaltschaft nun in das „christliche“ Netz des Mieretes ordentlich hineinleuchten? Wir bezweifeln es nach der bisherigen Haltung gegenüber diesem Mieretexemplar eines Hausbesitzers. (Arbeiterkorrespondenz.)

Steuern werden ohne Rücksicht auf die Verbraucher abgewälzt.

Mit bodenloser Frechheit behaupten die Unternehmer immer, daß sie durch die Steuern schwer belastet werden. Welch infame Lüge dies ist, beweisst das vom steirischen Landtag beschlossene Lichtsteuergesetz. Das heißt es unter:

Abgabepflicht.

Punkt 2. Die im Absatz 1 erster Punkt genannten Abgabepflichtigen sind berechtigt, ohne Rücksicht auf bestehende privatrechtliche Vereinbarungen die Abgabe auf den Verbraucher abzuwälzen.

Dies geschieht in Wirklichkeit bei allen Abgaben und Steuern, nur wird es nicht immer so offen ausgedrückt.

Und was sagen die sogenannten „Vertreter“ der Arbeiterklasse, die Sozialdemokraten, zu dieser neuen Belastung?

Abg. Kuß erklärte, laut Bericht des „Arbeiterwille“, vom 4. Juli: „Er verwies darauf, daß man sich nur sehr schwer entschloß, der Bevölkerung diese neue Belastung aufzuerlegen, und führte unter anderem auch aus, daß die Sozialdemokraten, erfüllt von Pflichtbewußtsein und der Erkenntnis, daß dem Land Steiermark geholfen werden muß, für die Vorlage stimmen werden.“

Also nach der Fleischsteuerung, neue Lasten durch den Mieterschutzabbau, der Landesgebäudesteuer nun auch die Lichtsteuer. Und immer aus „Pflichtbewußtsein“, d. h. daß nicht den Proleten, sondern den Fleischwuchern, Hauszinsgeiern und den Unternehmern geholfen wird. Wie lange werden die Arbeiter noch brauchen, bis sie erkennen, daß diese Stimmzettler sie nicht vertreten, sondern zertreten helfen?

Ein Metallarbeiter.

Wie der Mahnung verfolgt wird.

Im Anfange seines Bestehens hat die Justiz dem „Mahnung“ weniger Augenmerk geschenkt. Sicherlich rechneten die Justizlakaien des Bürgerturns mit einem baldigen Eingehen. Als sich diese Hoffnung nicht erfüllte, setzten die Verfolgungen ein. Seit Jänner 1929 wurde der „Mahnung“ nacheinander zu Geldstrafen verurteilt. Bis heute zu insgesamt 200 Schilling. Findet der Staatsanwalt keinen Artikel, wegen dem er uns fassen kann, dann werden sonstige nützige Vorwände zu Verurteilungen gesucht, damit der „Mahnung“ aus den Geldstrafen nicht herauskommen soll. So wurde z. B. vor kurzem Gen. Pfneisl zu 20 Schilling oder 48 Stunden Arrest verurteilt, nur weil auf den Flugzetteln, die bei den Arbeitslosen als Ankündigung für den neuen „Mahnung“ verteilt wurden, kein Drucker und Verantwortlicher angegeben war. Da wir die Geldstrafen meistens nicht zahlen können, kommt Exekution. Achtmal war in diesem Jahr die Exekutionskommission bei Gen. Pfneisl, natürlich ohne Erfolg, und dann folgen die Aufforderungen, die Geldstrafen abzujagen. 48 Stunden, 3 Tage, 10 Tage, 14 Tage, je nach der Höhe der Geldstrafe. Arbeiter und Arbeiterinnen, wißt ihr, was für Antwort ihr auf die Verfolgungen geben müßt? Neue Leser werben. Die Justiz will den „Mahnung“ erwürgen, jeder neue Leser ist ein Strich durch die Rechnung.

Au die Abonnenten in der Provinz!

Wir ersuchen euch dringend, die rückständigen Abonnements unverzüglich einzulösen, da sonst das weitere Erscheinen des „Mahnung“ gefährdet ist.

Gleichzeitig bitten wir euch, ab 1. Juli euer Abonnement immer in Verbindung zu bezahlen. Für euch spielt das gewiß keine große Rolle, uns aber erleichtert es die Arbeit außerordentlich.

Abonnenten, die schon längere Zeit im Rückstand sind und trotz wiederholter Aufforderung weder zahlen noch den „Mahnung“ abbestellen, geben wir zu bedenken, daß sie sich auf diese Weise selbst schaden, da wir solche Fälle unserem Rechtsvertreter zur Eintreibung der rückständigen Beträge übergeben müssen.

Die Administration.

Uringend.

Unser Parteigenosse erfucht um Vermittlung einer Wohnung, wenn auch nur ein Spardröckchen. Würde beglückelt. Meldungen an die Verwaltung des Blattes baldigst erbeten.

Verchiedenes.

Brief des Nationalrat Josef Kabilakinsky an den Gewerkschaftssekretär Franz Kämpftrich. Lieber Franz!

Stell' Dir unsere Enttäuschung vor! Also, wie der Fiskus mit dem Material von den Heimwehren in die Kläubung gekommen ist, da ist der Arbeiter aufgegriffen und hat geflucht: „Wir sind an einem Wendepunkt der Geschichte unserer Republik angelangt.“ Dann hat er gemeint, nachdem diese Dokumente veröffentlicht sind, werde sich jeder aufkündige Mensch von der Heimwehr abwenden und die Regierung werde gezwungen sein, schon wegen dem Nachschub, von der Heimwehr abzuhaken. Der Danneberg hat darauf das Wort ergriffen und gesagt, das Beste an der Geschichte ist, daß die Leute von der Mieterhujache abgelenkt werden. Da hat der Bauer und der Gutsbesitzer zugleich geantwortet: „Zehr richtig!“ — Zum Schluß ist der Leutchner aufgestanden und hat gebeten, man möge bei der Veröffentlichung sehr vorsichtig sein, um unserm Vaterland nicht zu schaden, denn in erster Linie sind wir Deutsche und erst dann sind wir alles andere. Und nun stell' Dir vor! Trotz der Veröffentlichung gibt die Regierung die Heimwehr nicht auf, sondern unterstügt sie erst recht. Das hätten wir uns alle vom Sterbewort nicht gedacht, das er uns so gemein behandelt wird.

Die flehst, lieber Franz, man hat kein leichtes Leben als Parlamentarier. Die Arbeiter wissen ja gar nicht, wie man sich für sie radern muß. Und was ist der Dank? Wo sie können, rempeln sie einen an. Unsere Arbeiter sind zu unbescheiden. Na, genug von meinen Sätzen. Was gibst du bei Euch Neues? Du, alle Achtung vor dem Böhm; von dem können wir alle noch lernen. Sein Vertrag mit den Bauunternehmern ist geradezu müßiggütig. Dort heißt es: „Beide Teile übernehmen die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrages, bezw. Lohnberechnung, weder Streik, noch Boykott, noch die Ausperrung zu verhängen.“ Siehst Du, Franz, das ist ein Grundgesetz, der in alle Verträge hineingehört. Man muß endlich aufhören mit dem Streiken; unsere Wirtschaft braucht Ruhe. Gerade jetzt sind solche Verträge notwendig, denn sonst müßten die Leute am liebsten wegen jeden Groschen Fleisch- oder Weizenveruerung zu streiken anfangen. Schreiß' bald, lieber Franz. Größ' mir die werde Frau Gemaohlin, den lieben kleinen Harald und die süße Selga. Hoffentlich treffen wir uns im August in der Schweiz. Dein Josef Kabilakinsky.

Betriebsräte von Gottes Gnaden. Die kaiserliche japanische Regierung hat dem Parlament einen Entwurf für ein Betriebsrätegesetz vorgelegt, das die Wahl der Hälfte der Betriebsratsmitglieder durch die Betriebsleitung vorseht; verleiht die Betriebsleitung auf die Ernennung von Betriebsräten, so hat sie das Recht, in den aus schließlich von Arbeitern gewählten Betriebsrat ihre Vertreter zu entsenden und den Verfügungen zu bestimmen. Der Zweck, den die Regierung mit der Schaffung von Betriebsräten verfolgt, wird offen gesagt: Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter, Zieherung der Arbeitsleistung und -Belastung der Arbeitsbedingungen. Die halb feudale, halb kapitalistische japanische Regierung geht in die Schule zu den Amerikaner Gewerkschaftsleitern. Sie weiß die Ideen von industriellen Frieden, Wirtschaftsdemokratie, Zusammenarbeit mit dem Unternehmer (Betriebsdemokratie) zu jagen. In Europa entscheiden zwar nicht die von den Unternehmern ernannten Betriebsräte über die Forderungen und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, dafür gibt es die von der Bourgeoisie eingeleiteten Schlichtungsausschüsse, die Verbindlichkeitsverträge der Herren Minister und Bürgermeister, die Einigungsämter u. dgl., die von Unternehmern ergraben über das Schicksal der Arbeiter entscheiden. Wie lange noch?

Parteiliche Moral. Den Schatzkanzler der englischen Labourregierung, Snowden, hat der europäischen Arbeiterklasse, aber insbesondere den englischen Arbeitslosen, ein Beispiel parteilicher Moral geliefert. Er veränderte seinen die völlige Aufhebung der von der konservativen Regierung eingeführten Betreteneuer. Der Wiederwinn begründet diesen Vorschlag, den er den englischen Lords und wohlhabenden Aktionären erweist, damit, daß er sagt, es geht ihm für den Staat nicht, eine Steuer von einem unrenten Gewerbe einzuheden...

Wir fragen den Minister seiner Majestät: gestimmt es sich für den Staat, daß tausende von Menschen in den Slums von London in kalten, finsternen, lichtlosen, nassen und von Ratten und anderem Ungeziefer wimmelnden Mietswohnungen hausen müssen? Die Kinder mit dem Zickum der Eltern geboren, giftig und körperlich verkrüppelt, in diesen Höhlen aufwachsen müssen? Oder fürchtet Herr Snowden, daß die hundertaufenden Arbeitslosen gegen eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Kennzeichensteuer protestieren würden? Wir glauben, es wird Herrn Snowden um das Lob und die Stimmen der eblen Lords zu tun sein, die den Kennplatz bejagen. ... Ober gar um Aktien? Die Gewerkschaften im Jahre 1928. Die Statistik des Verlaufs des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs zeigt, daß der Rückgang der Mitgliederzahl seit 1927 einem langsame Aufstiege Platz macht. 25 Gewerkschaften haben um 21.181 Mitglieder zugenommen. 21 Gewerkschaften haben um 9116 abgenommen. Es ergibt sich also eine Zunahme um 11.765 Mitglieder für 48 Organisationen. In der Regel haben die großen Gewerkschaften Zunahmen, die kleineren Abnahmen zu verzeichnen. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt wohl in der Wirtschaftslage, die der großen Industrie zugute kam, andererseits zeigt diese die Erscheinung, daß die Arbeiter in der Kleinindustrie und im Handwerk durch die anhaltende Arbeitslosigkeit dem Individualismus verfallen, zum Teil sich wegen des Fehlers der Unternehmer keiner Organisation anzugehören getrauen.

Bezeichnend ist, daß alle Länder mit Ausnahme von Steiermark und Niederösterreich eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen haben. In Steiermark haben die freien Gewerkschaften 1364 Mitglieder, das sind 2,18 Prozent verloren. Der Alpine-Bund von Domes und Stein trägt den Heimwehrorganisationen gute Früchte.

Mehrwasser bei sinkendem Weizenpreis. Die alte österreichische Bauwirtschaft wird durch den Wucher mit Lebensmitteln, wie er in der „demokratischen Republik“ geteilt, weit übertraffen. Nach dem Sturz mit der Preisfallung der polnischen Schweinefleisch, haben die Aristokraten und Großbauern einen neuen Fischfang in Vorbereitung: Eine Weizensteuer zur Unterstützung der Heimwehren-Agrarier soll eingeführt werden. Und diese Veruerung des Brotes, des wichtigsten Nahrungsmittels für die werktätige Bevölkerung, droht gerade in einer Zeit, da am Weltmarkt die Getreidepreise fallen. Der Preis für Weizen betrug vor 2 Jahren zeitweise mehr als 3 Dollar, und heute liegt der Preis kaum auf vier Dollar pro Zentner. Die großen Vorräte aus dem Vorjahr (ca. 10 Millionen Tonnen), die gute Weizenanbau in Argentinien, die jetzt auf dem Weltmarkt die Weizenpreise drückt, läßt eine wesentliche Steigerung der Getreidepreise nicht erwarten. In Österreich aber werden die Proleten von den Agrariern ausgeplündert, ob die Weltmarktpreise hoch oder niedrig sind. Die Sozialdemokratie läßt sich nicht aus der Ruhe bringen, sie sagt: unerschütterlich, und sorgt, wie beim Meierjörg, dafür, daß es die großen Massen wieder ertragen. ... Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er ...

Banking bedroht Sowjetrußland.

Vor Redaktionsschluss erfahren wir:

Die Regierung von Tantsing hat die ostchinesische Bahn, die Kugland mit seinem Hafen Wladiwostok verbindet, an sich gerissen und die Beamten der Eisenbahn teils verhaftet, teils ausgewiesen. Sowjetrußland hat ein Ultimatum an China gerichtet. Es ist anzunehmen, daß die chinesische Regierung diese Provokation in Uebereinstimmung mit Japan durchgeführt hat.

Während das revolutionäre Proletariat in Europa mit fieberhafter Aufmerksamkeit die Ereignisse im fernem Osten beobachtet und vorbehaltlos alle Maßnahmen begrüßt, die der Sowjetstaat zur Abwehr der Tantsinger Kriegstreiber unternimmt, begt die „Arbeiterzeitung“ bereits offen gegen den Sowjetstaat, indem sie am 16. Juli die ungebührliche Erregung, in die der Ueberfall Chinas die russische Arbeiterklasse versetzt, mit den Worten quittiert: „Im Ausland wird Stimmung gemacht.“ Was war Marxisten-Leninisten aber gerade jetzt, was Tantsing sein blutiges Haupt erhebt, um Sowjetrußland zu provozieren, nicht verzeihen dürfen, ist: Wie wäre dieses Tantsing, die Regierung Ushang-Kai-Schels so mächtig geworden, wenn sie nicht Stalin auf dem Rücken der Volkrevolution von 1920, 27 in den Sattel geboben hätte.

Das sind die Früchte des Opportunismus: Stalin hoffte Ushang-Kai-Schel freundlich zu stimmen, wenn er der Auomintang die R. P. Chinas, der chinesischen Bourgeoisie das chinesische Proletariat opfert. Aber kaum hat sich durch diese Politik die chinesische Bourgeoisie gestärkt, ihr Proletariat niedergeworfen, so ist sie von der konterrevolutionären Innenpolitik zur imperialistischen Außenpolitik übergegangen.

Sprechstunden

und Auskünfte an Abonnenten und Leser des neuen Mahnung jeden Tag von halb 5 bis 7 Uhr abends im Verwaltungsbüro des Blattes, Elisabethinerstraße 20.

Artikel

werden unentgeltlich angenommen, nur müssen sie den Tatsachen entsprechen, um Verichtigungen zu vermeiden. Eingefandene Artikel müssen mit Namen und Adresse gezeichnet sein.

Bausperr.

Bausperr. Gesammelt und gesendet durch die Genossen. Schw. Schilling 3,50, Kauf 2,50, Grubler 2,50, Glaser 1,-, Schwarz 1,-, Pfeiler 1,-, Ungenannt 1,-, G. O. E. 1,-, Gauer 1,-, Stroder 1,50, Regar 1,-, Sparr 1,-, Lorbed 1,-, J. S. 2,-, B. 2,-, B. S. 1,-, Warhach 2,-, 50, G. S. 1,-, 50, A. E. 10,-, Galper 2,-, 50, Pendl 3,-, 50, Schwarzgruber 1,-, 50, Anstich 1,-, 50, Reg. R. 1,-, 50, R. 1,-, 50, Stadler Gottfried 1,-, 50, Gerri 1,-, 50, Bodrepsch 1,-, 50, Held 1,-, 50, R. S. 1,-, 50, Winter 1,-, Strombeiß 1,-, 50, Pendl 3,-, 1,-, Sommer 1,-, Huber 1,-, 50, Pauer 1,-, 50, R. S. 1,-, 50, Fried 1,-, 50, M. A. 1,-, 50, R. A. 1,-, 50, Stiefelbauer 1,-, 50, Stranik 1,-, 50, Schlager 1,-, 50, Schreiber 3,-, 50, Reith 1,-, 1,-, Stürzer 3,-, 1,-, Schneewis 1,-, 50, Gmsch 1,-, 50, R. A. 1,-, 50, Wöblacher 3,-, 50, Paus 1,-, 70, Bergles 1,-, 50, Mallich 3,-, 1,-, Koller 3,-, 20, Pendl 1,-, 50, 17,-, Summe Schilling 78,80.